

Die Sozialisierung und die Genossenschaften.

Vorigen Sonntag fand im Genossenschaftshause die Tagung des Genossenschaftsrates statt; infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse konnte sie nicht aus allen Ländern Deutschösterreichs besichtigt werden. Trotzdem waren die Verhandlungen von größtem Interesse.

Neugestaltung der Genossenschaftsbewegung.

Es wurde zuerst über die Neugestaltung der Verhältnisse innerhalb der österreichischen Genossenschaftsbewegung, die durch den Zusammenbruch der alten Monarchie hervorgerufen wurden, verhandelt und dabei vor allem der Beschluß gefaßt, es sei vorerhand an den bestehenden Verhältnissen nichts zu ändern, jedoch werde man auf alle Fälle, auch wenn Deutschösterreich und Sudetenland zu Deutschösterreich kommen sollten, einen

deutschen Verband vorbereiten, denn ein Teil der deutschen Konsumvereine wird auf jeden Fall in Tschechien bleiben und diese Vereine wollen ihre eigene Zentrale haben und sich nicht mit den tschechischen Vereinen fusionieren. Bei der Ungelährtheit der bestehenden politischen Verhältnisse konnte ein definitiver Beschluß nicht gefaßt werden, aber die Aussprache hat doch die Frage, wie wir den Zentralverband und die Groß-einkaufsgesellschaft organisieren müssen, um sie den geänderten Verhältnissen anzupassen, geklärt.

Sind die Genossenschaften sozialisiert?

Eine lebhafte und eingehende, aber auch interessante Debatte rief der zweite Punkt der Tagesordnung hervor, die Sozialisierung und die Genossenschaften. Als Referent zu diesem Punkt sprachen Wilhelm und Hans Deutsch. Wilhelm ging in seinen Ausführungen von dem Standpunkt aus, die Genossenschaften seien bereits sozialisiert. Sie kennen das Privateigentum nicht mehr, denn sie haben das Kapital vergesellschaftlicht. Die Genossenschaften seien im Gegenteil die einzige Form der Sozialisierung, die sich behaupten werde, die einzige Art, die wir als Volkswirte annehmen können. Wilhelm lehnt die Mitverwaltung der Arbeiter in den Betrieben ab, denn die Arbeiter werden dort immer nur ihre persönlichen Interessen vertreten und dadurch die Verwaltung der Betriebe auf das schwerste gefährden. Die einzige Form der Verwaltung, die wir als nützlich anerkennen können, sei die Verwaltung, die nicht durch die Produzenten der Waren, sondern durch die Konsumenten durchgeführt wird. Die Konsumenten haben an der Verwaltung ein gemeinsames Interesse und sie werden für die Führung im Allgemeininteresse. Er tritt für die genossenschaftliche Sozialisierung im Gegensatz zur monopolistischen Sozialisierung durch den Staat ein und hält vor allem die gemeinsame Verwaltung durch die Arbeiter, die Konsumenten und den Staat für unmöglich, denn jeder Teil werde entgegengesetzte Interessen vertreten und diese Interessen werden die Verwaltungsarbeit sprengen und den Betrieb gefährden.

Gemeinsame Verwaltung.

Der zweite Referent Hans Deutsch hält im Gegensatz die gemeinsame Verwaltung durch Arbeiter, Konsumenten und öffentliche Organe für möglich. Die Demokratie werde den Betrieb der Fabriken nicht gefährden, denn die Arbeiter werden die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeit erkennen lernen und werden bestrebt sein, dem Betrieb, an dem sie persönlich interessiert sind, nicht zu schaden. Er spricht über die Notwendigkeit der Gebrauchserhebung und genauen statistischen Feststellung aller Produktionsmöglichkeiten, die in unserem armen Lande sind. Wir werden nur dann zu einer gedeihlichen allgemeinen volkswirtschaftlichen Arbeit kommen, wenn wir wissen, soviel Menschen müssen wir erhalten, soviel sind davon qualifizierte Arbeitskräfte, soviel nur Hilfsarbeiter. Diese Rohstoffe stehen mir zur Verfügung und diese Kapitalkraft kann ich entwickeln. Diese Prämissen ergeben dann die Produktion, die wir durchführen können und die wir im Lande entwickeln können. Es wäre wertvoll, zu berechnen, ob es nicht volkswirtschaftlich gesehen besser ist, wir beschäftigen die Arbeitslosen nur stundenweise mit den Arbeitslosen und geben allen den gleichen Unterhalt, als wir beschäftigen nur einen Teil der Arbeiter und der andere Teil geht mühsig und lebt als Arbeitsloser mit einem geringeren Verdienst und ohne jede Arbeitsleistung.

Es ist heute ein großer Teil der Fabriksdirektoren für die Sozialisierung der Betriebe, weil sie von der Demokratie die Wiederkehr der Arbeitslust und der Arbeitsfreude erwarten und eine Erhöhung unserer Produktion.

Die Debatte.

In der Debatte wendet sich vor allem Eidersch gegen die Ausführung Wilhelms. Die Genossenschaften können doch heute nicht verlangen, die Forderung nach Mitverwaltung solle gerade bei ihren Organisationen haltmachen. Wir würden nur den Haß der Arbeiter hervorrufen, die mit Recht zuerst an die Sozialisierung ihrer eigenen Betriebe denken, die sie doch vor allem zu diesem Zweck errichtet haben und nicht, um damit die Tagesbedürfnisse allein zu decken. Auch seine Meinung sei die, daß es vielleicht niemals wünschenswerter war, die Arbeiter selbst in den Produktionsprozess einzuführen, als nun, wo wir die Schwierigkeiten der Produktionsförderung nicht überwinden können.

Korda bespricht eingehend die Frage der praktischen Durchführung der Demokratie in der Verwaltung. Ein großes Hindernis sei es, daß sich sehr viele Angestellte und Arbeiter um den Betrieb nicht kümmern und gewöhnlich nur die kleine Detailarbeit kennen, die sie verrichten müssen. Aber man wird durch die Reorganisation der Verwaltung vielleicht den Ansporn geben, damit sich alle bemühen, in den inneren Aufbau der Betriebe einzubringen und Fachwissen zu erwerben. Trotzdem hegt auch er mannigfache Bedenken gegen die Demokratie in der Verwaltung, die er vor Jahren einführen wollte und die an der Teilnahmslosigkeit der Angestellten gescheitert ist.

Gamby Freundlich wendet sich vor allem gegen die Ausführungen Wilhelms. Es sei gerade ein großes Verdienst der Bauerschen Vorschläge, daß er keiner Form das Monopol verleiht, sondern bereit ist, die Form der Sozialisierung immer den inneren technischen und gesellschaftlich organisatorischen Bedingungen der Industrien und Verhältnisse die Entscheidung über die Form unterordnet. Man könne doch aus einer Lokomotivfabrik oder aus den Daimler-Werken keine Genossenschaft machen, denn das sei doch kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in veraltete Betriebsformen. In solchen Betrieben könne man doch auch nicht die Verwaltung den Konsumenten übergeben, denn diese seien doch, wenigstens unter den bestehenden Verhältnissen, Kapitalisten, die natürlich niemals Verwalter im sozialistischen Sinne sein können. Wenn Wilhelm sagt, die Triebfeder der bestehenden Produktion sei der Eigennutz und man müsse an dessen Stelle eine andere moralische Kraft setzen, so könnte das nur soziale Erkenntnis sein. Wenn wir aber warten wollen, bis alle Menschen diese soziale Erkenntnis haben, dann könnten wir niemals anfangen. Wir müßten auch erst Konsumvereine gründen, dann könnten wir die Menschen für den genossenschaftlichen Gedanken gewinnen. Wir müssen sozialisieren, um die Menschen zur gemeinschaftlichen Arbeit zu erziehen. Dabei werde es ohne Zwang nicht abgehen und wenn kein anderer Zwang waltet, dann zum mindesten ein moralischer Zwang, der sich durch die Erziehungsbewegung der demokratischen Verwaltung allmählich in Erkenntnis der notwendigen Einsicht verwandelt wird. Es sei auch durchaus nicht richtig, wenn Wilhelm sagt, die Genossenschaften sind sozialisiert. Das Kapitalverhältnis allein entscheidet doch nicht, ob ein Betrieb privatkapitalistisch geführt wird oder nicht. Für die Arbeiter ist die demokratische Verwaltung wertvoller und persönlich wichtiger als die Form der Kapitalverteilung. Die Arbeiterschaft will sich selbst verwalten, das verstehen sie vor allem unter der Sozialisierung der Betriebe, und das fehlt heute den Genossenschaftsbetrieben ebenso wie denen privater Natur. Diese demokratische Verwaltung zu schaffen, sei für die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung eine Lebensfrage, denn sonst würden die Genossenschaften in einer auch nur teilweise sozialisierten Gesellschaft nicht bestehen können.

Kauß spricht vor allem von der Bedeutung, die die Kommunalisierung der Betriebe auf die Entwicklung der Genossenschaften gewinnen muß. Wenn wir nun in die Gemein-

verwaltung einziehen werden, dann werden wir eine enge Verbindung zwischen den Genossenschaften und den Gemeinden herstellen müssen. Nur dann können wir uns behaupten und unsere Tätigkeit ausdehnen.

Bohl wünscht eine nähere Definition des Wortes Genossenschaften, denn es gebe ja heute auch Genossenschaften, die auf kapitalistischer Basis gegründet sind und in diesem Geiste arbeiten. Er hält es für unmöglich, der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht vorzuenthalten, und meint, die Konsumenten müßten ja die Verwaltungsarbeit auch lernen, und ob die Arbeiter als Produzenten oder als Konsumenten bessere Verwalter seien, das könne man wohl schwer entscheiden.

Stauffert bedenkt, ob es möglich sein werde, die große Arbeit zu leisten, die die Sozialisierung der Arbeiterschaft bringt, denn dafür fehle doch in der menschlichen Entwicklung jedes Vorbild. Es ist selbstverständlich, daß wir die Sozialisierung versuchen müssen, aber wir müssen auch die Gefahren klar erkennen, die wir bei dem Mißlingen des Versuches erleben können. Es sei nicht zu leugnen, in der zerstörten Wirtschaft, die wir haben, sind nur schwer die Vorstellungen, die sich mit der Sozialisierung verbinden, zu verwirklichen.

Bulovich begrüßt die Sozialisierung und meint, die Genossenschaftsbewegung werde überflüssig werden, wenn wir einmal eine vergesellschaftlichte Produktion haben werden. Er aber, der selbst große Produktionsbetriebe leitet, meint, man müsse es geradezu begrüßen, wenn die Schwierigkeiten, denen heute jeder Betrieb gegenübersteht, dadurch überwunden werden, daß nicht mehr der einzelne Unternehmer, sondern die Allgemeinheit die Schwierigkeiten überwinden muß. Die Angestellten und die Arbeiter werden dem Betrieb, der ihr Mitteilungsamt ist, anders gegenüberstehen als dem Betrieb von heute, und darin liegt die Hoffnung für die Zukunft.

Der Beschluß.

Die Debatte schloß mit der Annahme der nachfolgenden Resolution, die Emmy Freundlich beantragt hatte:

Der Genossenschaftsrat hat sich eingehend mit der Frage der Sozialisierung und Kapitalbesitz der Mitglieder beruhende Gemeinwirtschaft und Kapitalbesitz der Mitglieder beruhende Konsumgenossenschaften zum Teil sozialisierte Betriebe beschäftigt. Die Genossenschaften und deren gemeinschaftliche Unternehmungen müssen, aber auch die andere Aufgabe der sozialisierten Gesellschaft erfüllen und die demokratische Betriebsverfassung aufbauen. Der Genossenschaftsrat empfiehlt daher allen Genossenschaftsbetrieben, sich sofort mit dieser Frage der demokratischen Betriebsverfassung zu beschäftigen und die Mitverwaltung von Arbeitern und Angestellten in die genossenschaftliche Verwaltung einzuführen.

Der Genossenschaftsrat wünscht aber auch, die Genossenschaftsbewegung selbst möge die Frage der Sozialisierung studieren und der Sozialisationskommission geeignete Vorschläge unterbreiten. Zu diesem Zwecke wird ein fünfmaliges Komitee eingesetzt, das in ständiger Fühlung mit den Vertretern der Genossenschaftsbewegung in der Sozialisierung steht, die Vorlagen dieser Kommission prüft und dieser selbst Vorlagen zur Sozialisierung unterbreitet.